

BÜCHER

STRATEGIEN DER SOZIALISIERUNG

Zu: Klaus Novy, Strategien der Sozialisierung. Die Diskussion der Wirtschaftsreform in der Weimarer Republik. Campus Verlag: Frankfurt 1978

Chile 1973, Portugal 1978/79: weitere Beispiele dafür, wie leicht demokratische Arbeiterregierungen, die mit dem Ziel der Umgestaltung der Wirtschaft angetreten waren, scheitern können. Wie 1918/19, als die sozialistischen Parteien über Nacht an die Macht kamen, sich letztlich aber mit der Ohnmacht ihres Sieges¹ abzufinden hatten. Beispiele dafür, daß die sich *verselbständigende Dynamik* von wirtschaftspolitischen Eingriffen und (ökonomischen wie politischen) Gegenreaktionen jener Betroffenen, die sich in ihren wirtschaftlichen Interessen gefährdet sehen², nach wie vor von sozialistischen Parteien unterschätzt wird.

„Diese ‚eiserne‘ Dialektik von Reformdruck und Gegenreform stellt wohl eine der größten Herausforderungen an die sozialistische Bewegung dar. Auch die französische Linksunion wäre – selbst bei größerer Geschlossenheit – im Falle eines Wahlsieges an ihr gescheitert – wie schon vor ihr die von Léon Blum geführte Volksfrontregierung 1936. Hier scheint sich also die Geschichte unentwegt wiederholen zu müssen. Gleichwohl hat sich diese zentrale Thematik bisher nicht als theoriefähig erwiesen, obwohl der simple erkenntnistheoretische Vorwand für diese Theorieabstinenz, daß es nämlich in der Transformationsthematik nichts

„Konstantes“ gäbe, was einer Verallgemeinerung und Prognose fähig wäre, sich in dieser Sicht von selbst erledigt. Denn das Gegenteil ist auf schon fast makabre Weise wahr: Die nächste Niederlage (nach obigem Muster) kommt bestimmt...“, schrieb Klaus Novy – nach einer kurzen kreislaufanalytischen Skizze von Wirtschaftsreformen, ihrer Inzidenz, und den entsprechenden Gegenreaktionen – jüngst in einem lesenswerten Aufsatz³. (Beiseite sei hier angemerkt, daß sich aus den Wahlerfolgen der SPÖ seit 1970 *keine* sehr plausiblen Gegenargumente konstruieren lassen. Denn die SPÖ erhob von vornherein kaum den Anspruch, Reformziele bezüglich des überkommenen österreichischen Wirtschaftssystems verwirklichen zu wollen – und enttäuschte insofern auch keine Erwartungen⁴. Die *differentia specifica* zu einer vermuteten ÖVP-Politik im selben Zeitraum ist eher in Reformen des gesellschaftlichen „Überbaus“ zu suchen: Fristenlösung, Strafvollzug, Universitätsorganisation, Schulbuchaktion, um einige Stichworte zu nennen.)

Die nächste Niederlage kommt bestimmt, sagt Novy – sofern wir nicht aus historischen Erfahrungen lernen. Ebenso wie Erwin Weissels Buch⁵ befaßt sich Novys vor kurzem veröffentlichte Dissertation *Strategien der Sozialisierung* mit der Periode 1918–1933, einer für die Sozialdemokratie in den deutschsprachigen Ländern durch bittere Niederlagen charakterisierten Periode, gemessen an den vor 1918 geweckten Erwartungen.

Novy steckt sich folgende Ziele. *Erstens* zu einer Revision der sogenannten *Sterilitätsthese* beizutragen (S. 24–26), wonach der Sozialismus kaum jemals so viele Ausbaumöglichkeiten gehabt habe, aber auch kaum jemals so steril gewesen sei wie in der Blütezeit der Sozialisierungsdebat-

ten⁵. (Die Arbeit Novys bezieht sich übrigens auf die gesamte deutschsprachige Diskussion in der Periode 1918–1933, nicht bloß auf die Weimarer Republik; insofern ist der vom Verlag gewählte Titel etwas irreführend.) Diese Revision soll *zweitens* zu einer vertieften *historischen Fundierung der aktuellen Debatte* verhelfen (S. 26) – gemeint ist vor allem die Diskussion um Notwendigkeit und Formen gesamtwirtschaftlicher Investitionslenkung und -kontrolle in der BRD seit dem SPD-Parteitag 1973, ferner die im Umkreis der Jungsozialisten in der SPD ventilierter Forderung nach Verstaatlichung der Banken (S. 21). *Drittens*, und das ist das Zentralthema, versucht Novy, die wirtschaftsreformpolitischen Schriften der untersuchten Periode auf ihre *praktisch-instrumentellen Ansatzpunkte* hin nach *Strategien* zu gruppieren; diese weniger ideengeschichtliche als wirtschaftspolitisch-praktische Perspektive soll Bausteine einer ökonomischen „Übergangstheorie“ liefern, soll dem Fehlen ökonomisch fundierter Transformationsstrategien – durch welche konkreten Maßnahmen ist das historisch vorgegebene kapitalistische Wirtschaftssystem in ein „sozialistisches“ zu transformieren? – zu Leibe rücken (S. 27, 13, 267).

Nun kurz zu *Aufbau und Inhalt* der Studie. Sie gliedert sich in zwei Hauptteile. *Teil I* (S. 35–118) erarbeitet die in der Literatur 1918–33 erörterten *Voraussetzungen* einer Sozialisierungspolitik; im wesentlichen geht es hier um das Konzept der sogenannten *Sozialisierungsreife* von Unternehmungen oder Branchen. *Teil II* (S. 119–273) entwickelt eine *Typologie*, eine Kategorisierung jener sozialistischen *Wirtschaftsreformstrategien*, die in dem überreichen Literaturmaterial unter den verschiedensten Etiketten anzutreffen sind. Fünf Grundstrategien werden ausgemacht:

1. Die Strategie der *industriellen Selbstverwaltung* (S. 127–176). Die

Gesamtwirtschaft soll in Horizontalverbänden, in Syndikaten organisiert werden. Marktbeziehungen werden durch Verhandlungen ersetzt. An der Willensbildung in den Selbstverwaltungskörpern werden Beschäftigte und Konsumenten beteiligt. Eine Enteignung bzw. Verstaatlichung des privaten Produktivvermögens ist nicht vorgesehen⁶.

2. Die Strategie der *Sozialisierung von Schlüsselsektoren* (S. 177–220) beschränkt sich auf die Erfassung der „Kommandohöhen“ der Wirtschaft: dies soll trotz geringer Eingriffsbreite einen weitreichenden Einfluß auf die Gesamtwirtschaft sichern. Kernproblem ist die Ermittlung des geeigneten „Schlüssels“: welche Art von Interdependenzbeziehungen zwischen Privatsektor und sozialistischem Sektor gewährleistet den erstrebten Einfluß?
3. Die Strategie der *offensiven Teilsozialisierung* bzw. der *Verdrängungskonkurrenz* (S. 221–232) setzt im Gegensatz zu den ersten beiden Strategien auf intrasektorale Konkurrenz, sie vertraut auf eine Wettbewerbsüberlegenheit des sozialisierten Sektors.
4. Die Strategie der *Bildung „gemeinwirtschaftlicher Inseln“* (S. 242–250) dagegen isoliert bestimmte wohlabgegrenzte Sektoren gegen das Wirken der Marktgesetze (z. B. die Wohnungsmarktsegmentierung im Roten Wien 1923–34⁷). Weniger die Expansion, sondern die exemplarische Neuorganisation bestimmter Bereiche ist Hauptanliegen dieser Strategie, die sich somit nur sehr mittelbar – additiv und als Exempel – auf die Gesamtwirtschaft beziehen läßt (S. 125).
5. Sogenannte „*Dualwirtschaftliche Strategien*“ schließlich (S. 251–266) bemühen sich um eine Teilung der Gesamtwirtschaft in zwei Bereiche, die nach deutlich unterschiedenen Allokations- und Verteilungsmaximen auf der Outputseite bzw. Motivations- und Willensbildungsfor-

men auf der Inputseite organisiert sind.

Diese Klassifizierung erweist sich im großen und ganzen durchaus als brauchbar. Es ist Novy gelungen, den Ideenreichtum jener Zeit, wie er sich in einer Unzahl von Aufsätzen, Broschüren und Büchern dokumentiert, einzufangen und sinnvoll zu ordnen und zu gruppieren; keine leichte Aufgabe, zumal sich die ökonomische Terminologie jener Zeit nicht unwesentlich von der heutigen unterscheidet. Das Freilegen verschütteter und vergessener

Diskussionsansätze räumt sicherlich mit der Sterilitätsthese auf, und deutet an, welche Vorteile Novys Verfahren der „historischen Problemrekonstruktion“ bieten kann (als Teil einer ökonomisch fundierten, historisch verfahrenen Sozialwissenschaft); allerdings verzichtet Novy, ebenso wie Erwin Weissel in seinem oben erwähnten Buch, gänzlich auf eine Aktualisierung der historischen Konzepte, abgesehen von einigen Randbemerkungen. Hier bleibt noch viel (für phantasievolle und kritische) Arbeit zu leisten. Jedenfalls regt das Buch an weiterzudenken, regt an zu fragen, welche offensiven Reformziele Sozialistische Partei und Gewerkschaftsbund in der BRD und in Österreich heute eigentlich haben; defensive Taktik reicht aus zur Bewahrung der Macht, wenn die Opposition personell und sachlich sich nicht attraktiv zu profilieren vermag und eine konservative Grundströmung in der Bevölkerung einem Machtwechsel abhold ist; aber wie lange wird das so bleiben? Besonders die SPÖ ist heute schon auf dem Weg zur tragenden Staatspartei, und die spezifische soziologische Verankerung der großen Oppositionspartei ÖVP (Bauern, Beamte, Gewerbe) trägt dazu bei, daß die Minderheitsposition der ÖVP sich von Jahr zu Jahr eher verfestigt. Daraus folgt aber auch, daß die nachwachsende Jugend zunehmend die SP mit den Unzulänglichkeiten der Politik und der Wirtschaftssituation identifizieren

muß und wird; welche Strategien sollen dem entgegenwirken?

Neben den erwähnten Vorzügen von Novys Buch möchte ich doch einige Punkte kritisch anmerken. Der erste Teil, Voraussetzungen und strategische Ansatzpunkte einer Sozialisierungspolitik (S. 35–118), steht relativ unverknüpft neben dem zweiten, der Erörterung der Sozialisierungsstrategien. Meines Erachtens wäre naheliegend, die „Voraussetzungen“ jeweils im Hinblick auf ein bestimmtes Ziel, auf eine bestimmte Sozialisierungsstrategie zu erörtern. – Weiters vermißte ich eine präzise Erläuterung der grundlegenden Kategorien „Sozialisierung“ und „Strategie“ (letztes trotz der Ausführungen z. B. Seite 119–126). Durch die Nichtfestlegung auf ein bestimmtes Sozialismus- und Sozialisierungsverständnis wollte Novy möglichst wenige Wirtschaftsreformansätze ausschließen: Der Gang der Arbeit werde viel eher zu einem historisch „gesättigten“ Begriff der Sozialisierung führen, als ein definitiver Einstieg dies könne (S. 26). Dieses Offenhalten erweckt aber den Eindruck, daß letztlich so gut wie jede wirtschaftspolitische Maßnahme, solange sie nur einen Kern antikapitalistischer und/oder antimarktwirtschaftlicher Gedanken enthält, als Schritt zur „Sozialisierung“ interpretiert werden kann.

Unter Strategie würde ich grob gesagt eine Kette von aufeinanderfolgenden Aktionen verstehen, an deren Ende die Erreichung eines bestimmten Zieles steht. Was ist aber das gemeinsame Ziel der vorgestellten Sozialisierungsstrategien? Vielleicht sehe ich den Wald vor lauter Bäumen nicht; jedenfalls wurde mir das nicht klar. In diesem Zusammenhang fiel mir zum Beispiel auf, daß Novy dezentral angelegte Strategien präferiert, im Gegensatz zu den „zentralistischen Implikationen des marxistisch beeinflussten Sozialismus“ (S. 271); andererseits zeigt er durchaus Wohlwollen gegenüber den Thesen von Josef Popper-Lyn-

keus, der die Produktion jener Güter, hinsichtlich derer eine egalitäre Mindestversorgung aller Bürger garantiert sein soll, über einen zeitlich begrenzten Arbeitsdienst zu organisieren vorschlug (S. 252–259). Zwangsarbeit als Sozialisierungsstrategie? Basisnah und loyalitätssichernd wäre sie wohl kaum.

Unstimmigkeiten dieser Art hätten sich vielleicht vermeiden lassen, wenn Novy seine Studie von vornherein auf jenen ökonomischen Kategorien aufgebaut hätte, die er – m. E. zu Recht

– für die grundlegenden einer Theorie der Wirtschaftsreformpolitik hält: im Vorübergehen erwähnt werden „Anreizmechanismen, Steuerungsverfahren, Folgekosten und Inzidenz der politischen Eingriffe usw.“ (S. 268). Diese Aufgabe hat sich Novy (noch) nicht gestellt; sein Buch bietet jedoch vorzügliches Ausgangsmaterial für diese noch zu leistende Arbeit. Man darf auf die nächsten Veröffentlichungen Novys gespannt sein.

Alexander van der Bellen

1 Vgl. E. Weissel, *Die Ohnmacht des Sieges*, Europaverlag: Wien 1976; sowie meine Besprechung in *Wirtschaft und Gesellschaft*, Nr. 1/1978, S. 99–104.

2 Dazu S. Ch. Kolm, *La Transition Socialiste*. La Politique Economique de Gauche, Paris 1977, zitiert nach K. Novy, *Wirtschaftswissenschaften, wirtschaftsreformpraxis*. Anmerkungen zur Debatte und ihrer vergessenen Vorgeschichte, in: *Leviathan*, 7 (1979), Heft 4, im Druck.

3 K. Novy, a. a. O., S. 21.

4 In seinem Übersichtsaufsatz „Die finanzpolitische Entwicklung in Österreich 1971–1974“ schrieb Dieter Bös 1975: „Nach zwanzig Jahren konservativ-sozialistischer Koalitionsregierung und vier Jahren konservativer Alleinregierung ist in Österreich seit 1970 die Sozialistische Partei Österreichs allein an der Regierung. Sozialistische Strukturbrüche zeigten sich allerdings in der Finanzpolitik dieser Jahre, im Gegensatz zu anderen Bereichen des politischen Lebens, nur in Ansätzen.“ (*Finanzarchiv*, N. F. Bd. 33, 1975, S. 305; Sperrungen im Original). Vier Jahre später – und nach weiteren vier Jahren SPÖ-Alleinregierung – wird in einem neuen Übersichtsaufsatz die Frage nach sozialistischen Strukturbrüchen erst gar nicht gestellt: vgl. D. Bös, B. Genser, R. Holzmann, *Die finanzpolitische Entwicklung in Österreich 1975–1978*, Manuskript, Universität Bonn, September 1979.

5 Nach Meinung von T. Cassan, W. Röpke, J. Schumpeter; zitiert bei Novy, *Strategien der Sozialisierung*, S. 25.

6 Zu dieser Strategie vgl. auch K. Novy, „Industrielle Selbstverwaltung“ zwischen Wirtschaftsdemokratie und Technokratie, in: J. Huber, J. Kosta (Hrsg.), *Wirtschaftsdemokratie in der Diskussion*, Europäische Verlagsanstalt: Frankfurt 1978, S. 193–208.

7 Vgl. Beatrix Füsser-Novy und Klaus Novy, *Das Rote Wien: Wie eine sozialdemokratische Hochburg entstand und wieder abgebaut wurde*, in: *Tagesanzeiger Magazin*, Nr. 18, Mai 1979, Zürich, S. 6–13; Klaus Novy, „Sozialisierung von unten“ – Überlegungen zur vergessenen Gemeinwirtschaftsbewegung im „Roten Wien“ 1918 bis 1934, Manuskript, RWTH Aachen, 1978, gekürzt in: *Mehrwert*, Frühjahr 1979.

8 K. Novy, *Wirtschaftswissenschaften* ..., a. a. O., S. 29.

9 „Im neuen Deutschland soll Arbeit sozialistische Pflicht sein, Müßiggang und genußsüchtiges Drohnentum mit allen Mitteln unterdrückt und ausgemerzt werden“, heißt es in einem Flugblatt der Reichsregierung mit dem Titel „Die Sozialisierung marschieren!“ vom März 1919, wiedergegeben auf dem *Umschlagtitel* des Buches von Novy. – Das hat heute doch einen fatalen Ton.